

Einleitung

MANFRED SICKING, JULIA SCHMIDT, HELMUT KÖNIG

Seit der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert ist Erwerbsarbeit zum Dreh- und Angelpunkt der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa geworden. Erwerbsarbeit ist in umfassende, ganzheitliche und gesellschaftsgestaltende Strukturen von Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem, von Aus- und Fortbildung, von wirtschaftspolitischer und sozialstaatlicher Steuerung integriert. Mit anderen Worten: Arbeit steht im Zentrum moderner industrieller Gesellschaften. Die Produktion von Gütern, Waren und Dienstleistungen formt Arbeits- und Freizeit, entscheidet über die Nutzung der kreativen Ressourcen und des Engagements der Menschen und über ihre Lebensqualität.

Die Arbeitsgesellschaft ist aber keine statische. Sie scheint heute ein neues Gesicht zu bekommen, dessen Silhouette allerdings erst in Umrissen erkennbar ist. Sichtbare Anzeichen dafür sind die seit nunmehr fast dreißig Jahren stetig wachsende (Massen-)Arbeitslosigkeit, die Entstehung neuer Branchen, neuer Arbeitsformen, anderer Arbeitsbedingungen und die Veränderungen in der Zusammensetzung des Erwerbspersonenpotentials. Diese Umbrüche finden in einer Zeit statt, in der die Globalisierung voranschreitet und neue Technologien in rasantem Tempo entwickelt werden.

Die Probleme sind allesamt seit Anfang der achtziger Jahre bekannt. Schon damals wurde viel von der Krise bzw. vom Ende der Arbeitsgesellschaft gesprochen (vgl. Matthes 1983; Offe 1984; Lutz 1984; kritisch dazu König 1990). Aber diese Stimmen verhallten ungehört: Der Markt schafft Arbeitsplätze, hieß es immer wieder, und ein höheres Wachstum

wird für mehr Beschäftigung sorgen. Heute werden der Charakter und die genaueren Konturen der arbeitsgesellschaftlichen Krise deutlicher.

Mit welcher Arbeitsgesellschaft ist in Zukunft zu rechnen, und wie wandeln sich Umfang, Inhalt und Form der Arbeit (über Vorhersagen und das Zuverlässigkeitsproblem von Prognosen vgl. Zinn 2002)?

Ausschlaggebend für die Antwort auf diese Frage sind die Umbrüche in der Erwerbsarbeit. Letztere ist die zentrale Grundlage für das Leben in der Industriegesellschaft. Über Erwerbsarbeit werden soziale Integration, gesellschaftliche Teilhabe und materielle Existenzsicherung ermöglicht, aber auch die Strukturierung des alltäglichen Lebens. Sinngebung und Sinnstiftung werden zentral von der Erwerbsarbeit her entworfen. Und eben diese Erwerbsarbeit ist in den letzten drei Jahrzehnten zunehmend brüchig geworden.

Bereits im Jahre 1958 hatte Hannah Arendt diese Problematik weit-sichtig erkannt. In *Vita activa* schreibt sie: „Die Erfüllung des uralten Traums trifft wie in der Erfüllung von Märchenwünschen auf eine Konstellation, in der der erträumte Segen sich als Fluch auswirkt. Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um deretwillen die Befreiung sich lohnen würde. Innerhalb dieser Gesellschaft, die egalitär ist, weil dies die der Arbeit angemessene Lebensform ist, gibt es keine Gruppe, keine Aristokratie politischer oder geistiger Art, die eine Wiedererholung der Vermögen des Menschen in die Wege leiten könnte“ (Arendt 1985: 11).

Hannah Arendts Überlegungen bringen drei Merkmale moderner Arbeitsgesellschaften auf den Punkt: ihre Totalität, denn alles dreht sich in diesen Gesellschaften um Arbeit und Produktion; ihre Zentralität, denn Arbeit und Beruf haben die größte Bedeutung für die Menschen, ihr Einkommen und ihre Lebenschancen; ihre Exklusivität, denn laut Hannah Arendt haben moderne Menschen nur gelernt zu arbeiten – etwas anderes können sie nicht (mehr), und nimmt man ihnen ihre Arbeit weg, verfallen sie nicht nur in eine materielle Existenzkrise, sondern auch in eine existentielle Sinnkrise.

Wie historische Studien belegen, zeichnen sich die Grundlinien einer Standarderzählung zur Geschichte der Arbeit in Europa ab (vgl. dazu die instruktiven Beiträge in Kocka/Offe 2000). Im Gegensatz zur Antike, die Arbeit mit Mühsal gleichgesetzt und an Sklaven delegiert hat, um ihre Bürger für Muße, Politik und Gemeinwohl freizusetzen, beginnt mit dem Christentum die Aufwertung der Arbeit. In der Reformation wird Arbeit vollends zur Christenpflicht, und in der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts wird sie als Inbegriff von Eigentum, Reichtum und Ka-

pital und als Kern menschlicher Existenz und Selbstverwirklichung geradezu säkular verklärt.

Bestimmend wurde dieses Wert- und Sinnsyndrom allerdings in der strikt warenmäßigen Form der Lohn- und Erwerbsarbeit, wie Marx an der Diskussion des Arbeitsvertrages demonstriert hat. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verdichtete sich dieses Syndrom zu einer Formgestalt, die wir seither als ‚Normalarbeitsverhältnis‘ bezeichnen, also abhängige, unbefristete Vollzeitarbeit mit stabiler Entlohnung, beruflichem Status und familiärer Stellung im Rahmen betriebsförmiger Arbeitsorganisation und generöser Absicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Frühverrentung. Das Normalarbeitsverhältnis war die bestimmende Form der Berufsarbeit in der alten Bundesrepublik, galt aber vornehmlich für Männer, während Frauen angesichts des traditionellen Geschlechterarrangements – Männer im Beruf, Frauen in der Familie – von dieser Kernform weitgehend ausgeschlossen blieben (vgl. dazu grundlegend Mückenberger 1985).

In dieses Gehäuse der Berufsarbeit wollen mehr und mehr Menschen einziehen, und es übt offenbar nach wie vor eine große Anziehungskraft auf Männer und Frauen aus. Wir Heutigen wollen Berufsmenschen sein dürfen. Das beweisen auch die Eliten, allen voran die globalen Eliten, die soviel wie noch nie in der Geschichte der Menschheit arbeiten. Muße und Freizeit scheinen vollends Fremdwörter geworden zu sein. Es ist bemerkenswert, dass ganz normale Menschen, also nicht nur Politiker, Topmanager oder Spitzenkünstler, sich allen Ernstes damit brüsten, die nächsten zwei Jahre einen minutiös gefüllten Terminkalender vorweisen zu können.

Kein Mensch käme auf die Idee, solche Individuen als arme Irre zu verspotten, die nichts von Lebenskunst verstanden haben. Vielmehr ernten sie Bewunderung und reizen zur Nachahmung. Das Rollenmodell des unternehmerischen ‚workaholic‘ das Gegenstück der Laborisierung aller menschlichen Tätigkeiten, die das Paradigma unseres Daseins umschreibt. Folgerichtig kolonisiert die Arbeitsemphase alle gesellschaftlichen Lebensbereiche über den Kern bezahlter Erwerbsarbeit hinaus: Wer kocht, macht Hausarbeit; wer das Liebesleben mit seinem Partner diskutiert, erbringt Beziehungsarbeit; wer sich um seine Kinder kümmert, verrichtet Erziehungsarbeit; wer nach seinen alten Eltern sieht, leistet Betreuungsarbeit; wer sich zur Erholung auf eine einsame Insel zurückzieht, unterzieht sich der Regenerationsarbeit; wer ins Fitnessstudio geht, leistet Körperarbeit. Erst wenn es uns gelingt, unsere unterschiedlichen Tätigkeiten des Lebens vor uns und vor den anderen als Arbeit zu klassifizieren, scheinen wir etwas Wertvolles und Sinnvolles zu tun.

Angesichts dieser Feststellungen ergibt sich für die heutige Arbeitsgesellschaft ein paradoxer Befund: Während die Bedeutung der Arbeit in den letzten 200 Jahren stetig gestiegen ist, wird die Erwerbsarbeit heute immer prekärer:

- Die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit ist nur ein Indiz dafür, dass wir uns in einer tiefgreifenden Umbruchphase befinden und die erwerbsarbeitszentrierte Gesellschaft in sich tief gespalten ist. Arbeitslosigkeit, gerade dann, wenn sie länger andauert, führt zur Ausgrenzung. Die aktuelle Krise wirft in verwandelter Form die überwunden geglaubten sozialen Fragen der europäischen Geschichte erneut auf, wobei sie weit über das Problem sozialer Ausgrenzung am Rand unserer Gesellschaft hinausgreift. Das heute spürbare Prekärwerden der Arbeit bringt das mühsam über Jahrhunderte hinweg entwickelte Modell gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Lohnarbeitsgesellschaft, ins Wanken. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit stellt die Erwerbsarbeit für eine immer größer werdende Zahl von Menschen keinen sozialen und gesellschaftlichen Integrationsfaktor mehr dar (vgl. dazu Castel 2000, der wegweisende Anstöße zu einer soziologisch fundierten und juristisch informierten Auseinandersetzung mit der Neuordnung des Sozialstaats gibt).
- Das Normalarbeitsverhältnis, das lange Zeit als Norm und Orientierung galt, ist aufgrund der Flexibilisierung auf dem Rückzug begriffen, wenn auch nicht deutlich. 1997 betrug der Anteil der Personen in einem Normalarbeitsverhältnis an allen abhängig Beschäftigten noch 82,5%. Der Anteil hat sich seither um acht Prozentpunkte verringert. Mit dem Normalarbeitsverhältnis verbanden sich Rollenmuster und -zuschreibungen für Männer und Frauen. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses hat also Ursachen und Folgen, die über den rein wirtschaftlichen Bereich hinausreichen. Inzwischen arbeitet ein Drittel aller Beschäftigten in Teilzeit, davon die Hälfte in Mini-Jobs und in Ein-Euro-Jobs (Althammer 2002; Keller/Seifert 2005). Auch die gute Nachricht, wonach die Zahl der Erwerbstätigen im Jahre 2008 mit 40,3 Millionen einen neuen Höchststand erreichte, wird getrübt durch den Umstand, dass fast die Hälfte auf geringfügige Beschäftigungen fällt.
- Die Umbrüche in der Erwerbsarbeitsgesellschaft spielen sich zentral in der Arbeitswelt ab. Am Arbeitsplatz haben sich die Arbeitsabläufe und -anforderungen verdichtet (Sennett 1998). Die Erfahrungen von Entfremdung und Konkurrenzdruck nehmen zu. Neue Management-techniken, der Einsatz leistungsfähigerer Maschinen, neue Technologien und Produktionsverfahren und andere Faktoren führen dazu, dass immer mehr Güter und Dienstleistungen mit immer weniger

Einsatz von Arbeit produziert und bereitgestellt werden können. Qualifikationsanforderungen steigen. Alle Prognosen gehen davon aus, dass dieser Trend auch in den nächsten Jahrzehnten anhalten wird. Einfache Arbeiten sind demgegenüber – vielleicht mit Ausnahme des Gaststättengewerbes – im Rückzug begriffen und werden mehr und mehr der Vergangenheit angehören.

- Ein weiterer Umbruch in der Erwerbsarbeitsgesellschaft wird mit dem Stichwort „Globalisierung“ zu umschreiben versucht (vgl. Rehbein/Schwengel 2008). Wenn auch Ausmaß und Reichweite internationaler Faktoren für die Umbrüche in Deutschland in der Forschung umstritten sind, so erleben wir doch, dass die Produktion von Waren und Dienstleistungen zunehmend in so genannten Wertschöpfungsketten organisiert wird, um einen betrieblich optimalen Ertrag zu erzielen. Produktionsabläufe werden entflochten. Erwerbsarbeit wird da eingekauft, wo sie am günstigsten zu bekommen ist. Gerade multinationale Unternehmen können diese Optimierungen nutzen (vgl. Rüb 2001). Erwerbsarbeit mutiert so zunehmend vom Produktions- zum Belastungsfaktor, den es möglichst zu minimieren gilt. Der Faktor Arbeit wird gegenüber dem Faktor Kapital massiv entwertet.

Diese hier nur angedeuteten Entwicklungen tragen dazu bei, dass die Erwerbsarbeitsgesellschaft alter Prägung ihrem Ende entgegen geht. Wir leben in einer Übergangsphase, die durchaus mit dem Umbruch von der Agrar- zur Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert zu vergleichen ist. Es handelt sich um tiefgreifende Einschnitte, deren Zumutungen mit den Rezepten der alten Industriegesellschaft nicht mehr zu bewältigen sind.

Was tun? Und welche Strategie wählen? Prinzipiell, so Claus Offe, kann ein *policy mix* versuchen, die Nachfrage zu erhöhen oder beschäftigungsfördernd auf Preis, Qualität und Quantität des Angebots einzuwirken (vgl. dazu Offe 1984). Nationalstaatliche Antworten sind zwar noch immer notwendig, sie reichen aber nicht aus, um langfristige gesellschaftliche und wirtschaftliche Perspektiven zu erarbeiten. Dabei muss die Diskussion von aktuellen, nationalen wie länderübergreifenden Problemen der Erwerbsarbeit ausgehen.

Ökologischer Umbau im Verkehrswesen, die Runderneuerung des Bildungswesens, um die maroden Schulen und Universitäten zu sanieren, der Ausbau der Forschungsförderung, um im globalen Wissenswettbewerb mithalten zu können – das wäre das sinnvolle Programm einer (europäischen) Volkswirtschaft, die als ernsthafter Partner und Konkurrent international mitspielen will. Das würde Wachstums- und Beschäftigungsimpulse geben, die Massenkaufkraft und den Konsum erhö-

hen und in der Folge das Steueraufkommen steigern – allemal besser, als alljährlich mehrere 100 Milliarden Euro zur Finanzierung konsumtiver Arbeitslosigkeit auszugeben. Freilich gehören politische Courage und Risikobereitschaft dazu, damit eine Regierung gegen den vorgeblichen Sachverstand neoliberal fixierter Ökonomen ein solches Programm durchsetzen kann (zur Strategie des Neoliberalismus vgl. Bergmann 1998).

Als Alternative bleibt sonst nur die Manipulation des Angebots, indem man durch Senkung der Löhne oder Lohnnebenkosten, durch Verbesserung der Qualifikation der Arbeitnehmer oder durch künstliche Beschränkung der Quantität die Beschäftigungsaussichten verbessert. Genau diese Stilllegung des Arbeitsangebots haben viele Regierungen in Europa in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verfolgt – zu Lasten der Familie, des Bildungssystems und der Alterssicherung. Deutschland beispielsweise hat eine der niedrigsten weiblichen Erwerbsquoten, das Durchschnittsalter der Studenten bei ihrem ersten Abschluss liegt mittlerweile bei gut 28 Jahren, und die Frühverrentung hat es erlaubt, den industriellen Beschäftigungsabbau der neunziger Jahre zu bewältigen.

Diese beschäftigungsdefensive Strategie dürfte für das 21. Jahrhundert ausgereizt sein. Die weibliche Erwerbstätigkeit wird weiter steigen, obgleich in Deutschland noch immer nicht die notwendigen Weichen gestellt worden sind, um die Berufstätigkeit für Männer und Frauen gleichermaßen möglich und attraktiv zu machen: Es mangelt an einer ausreichenden Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen, der Einrichtung von Ganztagschulen und der Bereitschaft von Arbeitgebern, auf die Bedürfnisse von Familien Rücksicht zu nehmen. Das Abschlussalter der Studierenden in Deutschland muss sinken, wenn wir nicht wollen, dass die Besten an angloamerikanische Universitäten abwandern. Und die Frühverrentung ist ein sündhaft teures und ungerechtes Programm auf dem Rücken der jüngeren Generation, die in Zukunft, wenn überhaupt, wesentlich geringere Renten oder gar eine Einheitsrente bekommen wird.

Bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme gibt es keine leichten Antworten und schnellen Erfolge. Jedoch zeigen Erfahrungen anderer Länder sehr deutlich, dass es auf einen umfassenden gesamtwirtschaftlichen Ansatz ankommt (Bofinger 2005). Über das noch immer tragfähige Kernbündel – bestehend aus flexiblen Formen der Arbeitszeitverkürzung, einer moderaten Lohnpolitik und fiskalpolitischen Impulsen – hinaus enthält die Agenda Vorschläge zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die darauf ausgerichtet sind, den unerträglich hohen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit aufzulösen. Besondere Aufmerksamkeit hat der Vorschlag auf sich gezogen, einen staatlich alimentierten Niedriglohnsektor

für personennahe Dienstleistungen einzurichten (im Einzelnen dazu Beck 2000; Gorz 2000; Schmid 2002; Vobruba 2000). Die Modelle der Niederlande und Dänemarks beruhen zum einen auf der enormen Ausweitung der Teilzeit, zum anderen auf einem steuerfinanzierten Sozialstaat mit entsprechendem Druck zur Arbeitsaufnahme. Investitionen in Humankapital werden für den Standort Deutschland (und Europa) in Zukunft mindestens so wichtig wie in der Vergangenheit sein. Ferner sind Benachteiligungen bestimmter Personengruppen möglichst abzubauen, und der notwendige Wandel der Arbeitswelt muss sozial gestaltet werden. Die Lage hat sich durch die internationale Konjunktur- und Finanzkrise dramatisch verschärft. 2009 droht nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit ein deutlich stärkerer Beschäftigungsabbau als erwartet. Bis Ende des Jahres soll die Arbeitslosenzahl auf ca. vier Millionen steigen.

Zu den Beiträgen im Einzelnen: Der Begriff der Arbeit hat sich im 19. und 20. Jahrhundert auf Erwerbsarbeit eingeeignet. Gegen diese für die herkömmliche Arbeitsgesellschaft kennzeichnende Engführung von Erwerbsarbeit wendet sich *Andreas Eckert*. Er plädiert für die Einbeziehung historischer und globaler Dimensionen zur Entwicklung von Möglichkeitsräumen, die eine Debatte über die Zukunft der Arbeit in Europa neu fundieren könnten.

Um mehr und bessere Arbeitsplätze in Europa zu schaffen, arbeiten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union an einer koordinierten Beschäftigungsstrategie und stimmen mittlerweile ihre Beschäftigungspolitik aufeinander ab. *Arne Heise* skizziert den Prozess der Ausarbeitung beschäftigungspolitischer Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und spricht sich für die Schaffung einer anderen, beschäftigungsfreundlicheren Marktkonstellation aus.

Die europäische (und internationale) Informations- und Kommunikationstechnologie durchläuft zurzeit einen neuen Globalisierungsschub. *Boy Lühje* und *Peter Pawlicki* untersuchen in ihrem Beitrag die Strategie von Unternehmen, die aus Wettbewerbsgründen Kosten senken und Teile der Produktion auslagern und fragen nach Erfolgs- bzw. Misserfolgskriterien.

Die Arbeitswelt ist einem ständigen Wandel unterworfen. Das Tempo dieser Veränderungsprozesse hat in den vergangenen Jahren zugenommen, so dass Erwerbsarbeit in vielen Bereichen neu gestaltet wird. Lernen ist das wesentliche Werkzeug zum Erlangen von Bildung und damit Voraussetzung für die Gestaltung individueller Lebens- und Arbeitschancen. *Martin Baethge* beschäftigt sich vor diesem Hintergrund mit den Schwierigkeiten beim Übergang von der allgemeinbildenden

Schule in die Berufsbildung und sieht in der zunehmenden Europäisierung des Berufsbildungsraums Möglichkeiten einer längst überfälligen Berufsbildungsreform in Deutschland.

Einen spezifischen Blick auf die Familienarbeit wirft *Elisabeth Beck-Gernsheim*. Ihrer Einschätzung nach haben wir es in modernen westlichen Gesellschaften mehr und mehr mit einer stillen Globalisierung der Familienarbeit zu tun: Indem die Migrantinnen die unsichtbare Hintergrundarbeit in der Familie übernehmen, stabilisieren sie den prekären Frieden im Geschlechterverhältnis und werden so zu Stützen für den Alltagsablauf – mit verheerenden Folgen für die Heimat der Migrantinnen.

Stärker denn je steht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Blickpunkt politischen und wirtschaftlichen Interesses. Vor dem Hintergrund des demokratischen Wandels und der strukturellen Veränderungen der Arbeitswelt werden die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben sowie eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen immer wichtiger. Für eine ausgewogene Balance zwischen Berufs- und Privatleben plädieren *Heather Hofmeister* und *Nadine Witt*.

Wie ergeht es den Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind? *Friederike Hardering* stellt die Frage nach der biographischen Bearbeitung von Diskontinuität und Arbeitslosigkeit und kommt zu dem Ergebnis, dass das Normalarbeitsverhältnis eine nach wie vor hohe Anziehungskraft genießt. Nur in einem solchen Verhältnis seien gesellschaftliche Inklusion und materielle Teilhabe gewährleistet, sei eine längerfristige Lebensplanung überhaupt möglich.

Oskar Negt stellt die Frage nach der Rolle von Gewerkschaften und Arbeit in der Europäischen Union. Die Veränderungen der Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns wirken sich überwiegend zu Lasten der kollektiven Arbeitnehmervertretungen aus, die an Macht- und Einflusspotential verlieren. Nur durch eine Erweiterung ihres Mandats über die unmittelbaren Arbeitnehmerinteressen hinaus können die Gewerkschaften nach Negts Überzeugung aus ihrer Defensivposition herauskommen.

Die Schere zwischen Armen und Reichen öffnet sich immer weiter, und eine wachsende Anzahl von Menschen verliert den Anschluss. Bei den gegenwärtigen Formen sozialer Ungleichheit geht es nicht mehr allein um Unten und Oben, sondern vielmehr um Drinnen und Draußen. *Heinz Bude* beschreibt diesen Prozess sozialer Exklusion aus dominanten Anerkennungszusammenhängen und Zugehörigkeitskontexten unserer Gesellschaft.

Literatur

- Althammer, Jörg (2002): Erwerbsarbeit in der Krise? Zur Entwicklung und Struktur der Beschäftigung im Kontext von Arbeitsmarkt, gesellschaftlicher Partizipation und technischem Fortschritt, Berlin.
- Arendt, Hannah (1985): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München, Zürich.
- Beck, Ulrich (Hg.) (2000): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt/Main.
- Bergmann, Joachim (1998): Die negative Utopie des Neoliberalismus oder die Rendite muss stimmen. Der Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission, in: *Leviathan*, H. 3, S. 319-340.
- Bofinger, Peter (2005): *Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle*, München.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.
- Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/Main.
- Keller, Berthold/Hartmut Seifert (2005): Atypische Beschäftigungsverhältnisse und Flexicurity, in: Martin Kronauer/Gudrun Linne (Hg.): *Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*, Berlin, S. 127-147.
- Kocka, Jürgen/Claus Offe (Hg.) (2000): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt/Main.
- König, Helmut (1990): Die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit: Zur Kritik einer aktuellen Debatte, in: ders./Bodo von Greiff/Helmut Schauer (Hg.): *Sozialphilosophie der industriellen Arbeit*, *Leviatan-Sonderheft Nr. 11*, S. 322-345.
- Lutz, Burkart (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/Main.
- Matthes, Joachim (Hg.) (1983): *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt/Main.
- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? in: *Zeitschrift für Sozialreform*, H. 7, S. 415-434, H. 8, S. 457-475.
- Offe, Claus (1984): *Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*, Frankfurt/Main.
- Rehbein, Boike/Hermann Schwengel (2008): *Theorien der Globalisierung*, Konstanz.

- Rüb, Stefan (2001): Globale Konzerne – globale Arbeitsbeziehungen, in: WSI-Mitteilungen, H. 4, S. 257-264.
- Schmid, Günther (2002): Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt/Main.
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Vobruba, Georg (2000): Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen, Frankfurt/Main.
- Zinn, Karl Georg (2002): Zukunftswissen. Die nächsten zehn Jahre im Blick der Politischen Ökonomie, Hamburg.